



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Thomas Tödter
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	thomas.toedter@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 14.11.2014

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 10.11.2014, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Udo Switalski

Mitglieder

Dirk Brixius
Jürgen Bullert
Detlef Ehlert
Werner Horzella
Gabriele Hruschka
Ingmar Janssen
Marc Kammann
Moritz Körner
Gertrud Laßmann
Friedrich-Ernst Martin
Bernd Müller
Dr. Ophelia Nick
Helmut Rohden
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
Christine Trube
Peter Werner
Sebastian Wladarz

Verwaltung

Cornelia Brinkhoff
Anja Büttner
Volker Eichert
Anika Erzner

Thomas Fritsch
Michael Gertler
Nils Hanheide
Denis Heimann
Brigitte Heinz
Ralf Hezel
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Martina König
Christina Moser
Martin M. Richter
Gerhard Rott
Antje Schäfer
Torsten Schams
Bernd Schneeweiß
Marion Schulz
Dorothea Stangier
Thomas Tödter
Sabine Wohler

Gäste

Mirko Braunheim

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2014
3. Informationen der Verwaltung
4. Ernennung eines Kreisbrandmeisters und eines Stellvertreters 32/021/2014
5. Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/019/2014
6. 2. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung) 36/002/2014

- | | | |
|------|---|-------------|
| 7. | Vorstellung der Kennzahlenüberarbeitung des Straßenverkehrsamtes | 36/001/2014 |
| 8. | Haushalt 2015 | 20/028/2014 |
| 9. | Nachträge | |
| 9.1. | Gewerbeuntersagungen im Kreis Mettmann - hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 04.11.2014 | 32/022/2014 |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 10. | Informationen der Verwaltung | |
| 11. | Festsetzung der Aufwandsentschädigung für den Kreisbrandmeister und dessen Stellvertreter | 32/020/2014 |
| 12. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die für die Sitzung festgesetzte Tagesordnung wird mit der Ergänzung festgestellt, dass noch eine Verpflichtung sachkundiger Bürger zu erfolgen hat.

Als Berichterstatter im Kreistag für den TOP 4 „Ernennung eines Kreisbrandmeisters und eines Stellvertreters“, den TOP 5 „Änderung der Satzung für das Notarzs system des Kreises Mettmann“, den TOP 6 „2. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung)“ und den TOP 11 „Festsetzung der Aufwandsentschädigung für den Kreisbrandmeister und dessen Stellvertreter“ wird einvernehmlich Herr KA Ehlert (SPD) benannt.

Die sachkundigen Bürger Herr Horzella und Herr Martin werden unter Verlesung der entsprechenden Verpflichtungsformel und anschließendem Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2014

Herr KA Brixius stellt klar, dass er die Ausführungen in der Anlage 5 zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2014 nicht so verstanden haben möchte, als dass die Verwaltung Markentabakprodukte untersuchen solle. Vielmehr gehe es ihm um Wasserpfeifen, sogenannte „Shishas“ bzw. die hierfür zur Verwendung kommenden Produkte, welche unter lebensmittelrechtlichen Gesichtspunkten untersucht werden sollen.

Die Niederschrift wird unter Kenntnisnahme dieser Ergänzung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Keine

**Zu Punkt 4: Ernennung eines Kreisbrandmeisters und eines Stellvertreters
- Vorlage Nr. 32/021/2014**

Herr Hanheide erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Schams und Herr Braunheim stellen sich als künftiger Kreisbrandmeister bzw. als künftiger stellvertretender Kreisbrandmeister dem Ausschuss vor. Herr KA Ehlert lobt die aus seiner Sicht gute Personalentscheidung.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

- Herr Kreisbrandmeister Markus Lenatz wird mit Ablauf des 31.01.2015 aus seinem Amt verabschiedet.
- Herr stellvertretender Kreisbrandmeister Dietmar Wichmann wird mit Ablauf des 31.12.2014 aus seinem Amt verabschiedet.
- Herr Brandoberamtsrat Torsten Schams wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als Ehrenbeamter mit Wirkung zum 01.02.2015 für die Dauer von sechs Jahren zum Kreisbrandmeister ernannt.
- Herr Mirko Braunheim wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als Ehrenbeamter mit Wirkung zum 01.01.2015 für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 5: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 32/019/2014**

Herr Hanheide informiert den Ausschuss unter Verweis auf die Vorlage dahingehend, dass aufgrund eines Fehlbetrages in Höhe von rund 465.000 € aus den Jahren 2012 und 2013 sowie anlässlich gestiegener Kosten im Gesundheitswesen eine Anpassung der Gebührensatzung erforderlich ist.

Bezüglich der neuen Kalkulation konnte ein Einvernehmen mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften hergestellt werden.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

1. Den Gebühren in Höhe von
 - 328,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
 - 328,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
 - 232,-- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeugeswird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation zugestimmt.
2. Die 8. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 1 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	2. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung) - Vorlage Nr. 36/002/2014
--------------------	---

In Ergänzung der Vorlage erläutert Herr Hanheide die Überarbeitung der Taxi-Tarif-Verordnung, welche auf Antrag eines Taxiunternehmens vorgenommen wurde. Bei der Überarbeitung wurden sowohl die Interessen der Taxiunternehmen als auch die Kundenbedürfnisse abgewogen, sodass nach Auffassung der Verwaltung hier eine maßvolle Erhöhung der Gebühren vorgeschlagen wird.

Frau KA Laßmann begrüßt die von der Verwaltung im Vorfeld vorgenommene Anhörung aller Beteiligten.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die 2. Änderungsverordnung (Anlage 2) zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen wird erlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Vorstellung der Kennzahlenüberarbeitung des Straßenverkehrsamtes - Vorlage Nr. 36/001/2014
--------------------	---

Herr Schneeweiß erläutert die Vorlage unter näherer Betrachtung von Mitteleinsatz, Leistung und Wirkung der Leistungsdaten und Kennzahlen der betreffenden Produkte.

Auf Nachfrage von Herrn KA Switalski zu den Wartezeiten bzw. zu der Möglichkeit der Terminbuchung bei An-, Ab- und Ummeldungen führt Herr Gertler aus, dass Termine für maximal vierzehn Tage im Voraus zur Buchung freigegeben werden. Ein Großteil der Kunden buche seine Termine hingegen lediglich ca. zwei bis drei Tage im Voraus, was in der Praxis auch problemlos möglich sei.

Herr SB Körner lobt die Bemühungen der Verwaltung um eine Intensivierung des Terminkundengeschäftes sowie die hervorragende Kundenorientierung.

Die Verwaltung beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Den verwaltungsseitig - hinsichtlich Kennzahlen und Zielen - ergänzten Produktdarstellungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Haushalt 2015 - Vorlage Nr. 20/028/2014
--

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge der Verwaltung sowie die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN standen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schloss sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.04.01 (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung) und 02.07.02 (Notarztversorgung) wurden **mehrheitlich bei je 1 Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. angenommen**. Die beiden Produkte 02.04.02 (Chemische- und Lebensmitteluntersuchungen) sowie 02.08.01 (Katastrophenschutz) wurden **einstimmig bei je 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen**. Die übrigen Produkte wurden **einstimmig mit jeweils 17 Ja-Stimmen angenommen**.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung) Produkte 02.01.01 - 02.08.01

Produkt 02.03.01

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau KA Laßmann erkundigt sich, ob die derzeitige Personalausstattung der Ausländerbehörde angesichts steigender Flüchtlingszahlen auskömmlich oder eine Aufstockung erforderlich sei.

Herr Jarzombek führt hierzu aus, dass die Bearbeitungszahlen steigen und die Personalsituation in der Ausländerbehörde angespannt sei. Dem werde durch interne Maßnahmen entgegengewirkt. Man werde die Situation weiter beobachten und ggf. weitere Maßnahmen prüfen.

Produkt 02.04.01

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt an, ob es den Mitarbeitern der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung möglich ist, bei der derzeitigen Personalausstattung, die Mitteilungen und Warnungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz so zeitnah einzusehen und bei den Kontrollen zu berücksichtigen, dass als gefährlich deklarierte Bedarfsgüter und Lebensmittel tatsächlich umgehend aus dem Handel entfernt werden. Die Entfernung von gefährlichen Gütern aus dem Handel sei nach Medieninformationen nur ausreichend sichergestellt, wenn die kommunale Überwachung kontinuierlich in einem engen Zeitfenster die Warnungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz verfolgt und in die Kontrollen einbeziehe. Geschäftsleute und ihre Mitarbeiter nähmen in Unkenntnis gefährliche Güter nicht aus ihrem Angebot, weil sie ausreichende Infos dazu weder von den Lieferanten, noch den Herstellern erhielten. Daher das Fazit einer kürzlich gesendeten TV-Reportage über höchst krebserregende Substanzen in Kindergummistiefeln und Zahnungshilfen für Babys: Nur zielgerichtete Überwachungen durch die zuständigen Behörden vor Ort gewährleisteten einen guten Verbraucherschutz.

Herr Hanheide stellt dar, dass die derzeitige Personalausstattung auskömmlich sei, um den genannten Anforderungen gerecht werden und um zeitnah reagieren zu können.

Produkt 02.05.01

Antrag der Verwaltung

Seite 510 Zeilen 4 und 13 im Ergebnisplan

Zeile 4	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
HH-Ansatz in €	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000				
Ansatz (neu) in €	1.618.000	1.618.000	1.618.000	1.618.000				
Differenz in €	118.000	118.000	118.000	118.000				
Zeile 13	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
HH-Ansatz in €	121.050	121.000	121.000	119.250				
Ansatz (neu) in €	231.800	231.750	231.750	230.000				
Differenz in €	110.750	110.750	110.750	110.750				

Mit Erlass vom 22.08.2014 erklärte das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW das bundesweite Online-Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte (VEMAGS) für die nordrhein-westfälischen Behörden für kostenpflichtig. Die Umlage wird zentral an den Landesbetrieb Straßenbau NRW abgeführt. Hieraus resultiert ein Mehraufwand in Höhe von 110.750 €. Die Umlage beträgt je Bescheidversion 5,28 € und wird den beantragenden Firmen im Rahmen einer Anpassung der Gebührenfestsetzung des Kreises Mettmann in Rechnung gestellt. Hierbei wird der administrative Aufwand des Kreises berücksichtigt. Hieraus ergibt sich ein Mehrertrag von 118.000 €. Die Verwaltung beantragt daher Ansatzänderungen in dargestellter Höhe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.07.02

Antrag der Verwaltung

Seite 576 Zeilen 4 und 13 im Ergebnisplan

Zeile 4	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
HH-Ansatz in €	5.317.400	5.317.400	5.317.400	5.317.400				
Ansatz (neu) in €	5.565.850	5.565.850	5.565.850	5.565.850				
Differenz in €	248.450	248.450	248.450	248.450				
Zeile 13	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
HH-Ansatz in €	4.667.600	4.642.650	4.701.100	4.760.950				
Ansatz (neu) in €	4.713.700	4.642.650	4.701.100	4.760.950				
Differenz in €	46.100	0	0	0				

Bedingt durch die Neukalkulation der Gebühren für das Notarztsystem, müssten die Gebührenerträge angepasst werden (Vorlage 32/019/2014). Der Mehraufwand beruht auf einer Personalkostennachzahlung für geleistete Mehrarbeit. Die Verwaltung beantragt daher Ansatzänderungen in dargestellter Höhe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
5 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Produkt 02.08.01

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau KA Laßmann führt aus, dass die Bevölkerung Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung von Warnsignalen habe. Sie erkundigt sich, ob verbesserte Informationsmöglichkeiten bei Großschadensereignissen möglich sind und ob diese haushaltsrechtlich für 2015 eingeplant seien.

Herr Jarzombek erläutert, dass die Verwaltung permanent an verbesserten Informationsmöglichkeiten im Fall von Großschadensereignissen arbeite. So soll im Laufe des Jahres 2015 ein neues Warnkonzept erstellt und dem Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz vorgestellt werden.

GESAMTABSTIMMUNG

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2015 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
5 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Die Sitzung wird im Anschluss an die Haushaltsberatungen kurz unterbrochen.

Zu Punkt 9: Nachträge

Keine

Zu Punkt 9.1: Gewerbeuntersagungen im Kreis Mettmann - hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 04.11.2014 - Vorlage Nr. 32/022/2014
--

Die Anfrage wurde von der Verwaltung als „Kleine Anfrage“ gewertet und daher noch als fristgerecht in die Tagesordnung aufgenommen.
Die von Herrn Hanheide vorgenommene mündliche Beantwortung ist in schriftlicher Form als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

gez.
Udo Switalski

gez.
Thomas Tödter